

./A

**Erlass vom 12. September 2011 über die Durchführung
einer Gnadenaktion aus Anlass des Weihnachtsfestes**

Aus Anlass des diesjährigen Weihnachtsfestes wird eine Gnadenaktion durchgeführt. Die LeiterInnen der Justizanstalten werden ersucht, gemäß nachstehenden Vorschriften vorzugehen:

**Abschnitt A
MATERIELLER TEIL**

Zeitliche Voraussetzungen

- § 1 (1) Die Gesamtdauer der Freiheits-, Ersatzfreiheitsstrafen und unbedingten Strafteile (§ 43 a StGB) darf in keinem der in die Gnadenanträge aufgenommenen Fälle fünf Jahre übersteigen. § 46 Abs 5 erster Satz StGB gilt dem Sinne nach.
- (2) Strafgefangene sind in die Gnadenanträge aufzunehmen, wenn sie spätestens am 15. November 2011 in Strafhaft übernommen werden und bis zum Stichtag (§ 7) hinsichtlich des verbüßten Teils der Strafen und des Strafrestes nachstehenden Bedingungen entsprechen:
1. Der Strafteil beträgt mindestens
 - a) ein Drittel im Fall des erstmaligen Vollzugs von Freiheits- oder Ersatzfreiheitsstrafen;
 - b) die Hälfte in den Fällen des Vollzugs von unbedingten Strafteilen (§ 43a StGB) und des Vollzugs von Freiheits- oder Ersatzfreiheitsstrafen, die zumindest unter anderem wegen der Vergehen nach den §§ 81 Abs 1 Z 1 und 2, 88 Abs 1 und 3 oder 4 StGB (jeweils in den Begehungsformen des § 81 Abs 1 Z 1 und 2) verhängt worden sind;
 - c) die Summe eines Drittels der unter lit a und der Hälfte der unter lit b genannten Strafen und unbedingten Strafteile, wenn diese im Vollzug zusammentreffen (§ 46 Abs 5 erster Satz StGB) und es sich um den erstmaligen Strafvollzug handelt;
 - d) die Hälfte der Strafen in allen übrigen Fällen.

2. Der Strafrest beträgt höchstens
 - a) 18 Monate im Fall des erstmaligen Strafvollzugs;
 - b) 1 Jahr in allen anderen Fällen.
- (3) Die Bestimmungen des Abs 2 über den erstmaligen Strafvollzug sind auch auf Personen anzuwenden, die schon ein Mal in Strafhaft angehalten wurden, wenn
 - a) die frühere Haft nur dem Vollzug von Ersatzfreiheitsstrafen diente oder
 - b) sie sich nur wegen strafbarer Handlungen in Haft befinden, die sie vor der früheren Haft verübt haben.

Ausschließungsgründe

- § 2 (1) Von der Aufnahme sind Personen ausgeschlossen, die
1. von Verwaltungs- oder Finanzstrafbehörden verhängte Strafen verbüßen, hinsichtlich dieser Strafen;
 2. im Maßnahmenvollzug (§§ 21 bis 23 StGB) angehalten werden;
 3. nach ihrer Begnadigung rückfällig geworden sind oder die Begnadigung ablehnen;
 4. mehr als 5 Punkte erreichen, wenn man jeder ihrer Verurteilungen zu mehr als 6 Monaten Freiheits- oder Ersatzfreiheitsstrafe 2 Punkte, den übrigen Verurteilungen einen Punkt zuordnet;
 5. zumindest unter anderem Strafen verbüßen, die wegen
 - a) Verbrechens oder Vergehens nach den §§ 87, 92, 104a, 107b Abs 3 und 4 sowie 201 bis 217 StGB oder
 - b) strafbarer Handlungen nach dem Fremdensgesetz, dem Fremdenpolizeigesetz, dem Suchtgift- oder dem Suchtmittelgesetz verhängt worden sind;
 - c) Vergehen nach den §§ 81 Abs 1 Z 1 und 2 oder 88 Abs 1 und 3 oder 4 StGB (jeweils in den Begehungsformen des § 81 Abs 1 Z 1 und 2) verhängt worden sind, wenn sie mehr als eine Verurteilung wegen dieser Vergehen erlitten haben;
 - d) Vergehen der in lit c genannten Art verhängt worden sind, wenn sie diese Vergehen durch einen im Straßenverkehr verschuldeten Unfall verübt und versucht haben, sich durch Flucht vom Unfallsort ihrer Verantwortung zu entziehen;
 6. zumindest unter anderem
 - a) einen Strafrest nach Widerruf einer bedingten Entlassung,

- b) einen gemäß § 43 a StGB zunächst bedingt nachgesehenen Strafteil,
 - c) einen gemäß § 133a StVG vorerst aufgeschobenen Strafrest verbüßen oder
 - d) nach Gewährung einer Begünstigung gemäß §§ 3, 7 Abs 1 oder 2 Amnestie 1995 (BGBl 1995/204) rückfällig geworden sind;
- 7. von anhängigen Strafverfahren (Ermittlungs- oder Hauptverfahren), Auslieferungs-, Übergabeverfahren oder Verfahren zur Übernahme der Strafvollstreckung durch einen anderen Staat betroffen sind;
 - 8. aus dem derzeitigen Strafvollzug zumindest vorübergehend geflüchtet sind;
 - 9. von einer Strafunterbrechung, einem Ausgang oder einer anderen Vollzugslockerung nicht rechtzeitig zurückgekehrt sind, wenn deswegen eine Ordnungsstrafe verhängt wurde;
 - 10. Anlass zum Widerruf des elektronisch überwachten Hausarrestes gegeben haben.
- (2) Der Wegfall eines Ausschließungsgrunds nach dem 15. November 2011 ist unbeachtlich.
 - (3) Bei Anwendung des Absatzes 1 Z 4 und 5 lit a und b gelten Verurteilungen, die zueinander im Verhältnis der §§ 31, 40 StGB stehen, als Einheit.

Ausnahme vom Ausschluss

- § 3 (1) Auf Personen, die am Stichtag (§ 7) das 70. Lebensjahr vollendet haben, ist § 2 Abs 1 Z 4 mit der Maßgabe anzuwenden, dass an die Stelle von 5 Punkten 10 zu treten haben.
- (2) Bei besonders berücksichtigungswürdigen Umständen (wie bei schwerer Erkrankung oder Behinderung von Strafgefangenen und deren nächster Angehöriger) sind Ausnahmen vom Ausschluss nach § 2 Abs 1 Z 4 bis 6, 8 oder 9 zulässig.
 - (3) Liegen berücksichtigungswürdige Umstände vor, können Strafgefangene auch in die Gnadenanträge aufgenommen werden, wenn sie
 - a) höchstens 48 Stunden später als einen Monat vor dem Stichtag (§ 7) in Strafhaft übernommen werden;
 - b) die von § 1 Abs 2 geforderten zeitlichen Voraussetzungen spätestens am 31. Dezember laufenden Jahres erfüllen.

Wirkungen der Gnadenakte

- § 4 (1) Die Gnadenakte werden am Stichtag (§ 7) wirksam. Sie umfassen alle Strafen und Strafrechte, die die Begnadigten auf Grund aufrechter Vollzugsanordnungen zu verbüßen haben, soweit sie im Gnadenantrag enthalten sind.
- (2) Die Begnadigung hat die Wirkungen der bedingten Strafnachsicht (§ 43 Abs 1 StGB). Die Probezeit wird mit 3 Jahren bestimmt. Fällt das Ende der Strafzeit spätestens auf den 24. Dezember laufenden Jahres, kommen dem Gnadenakt jedoch die Wirkungen der endgültigen Strafnachsicht (§ 43 Abs 2 StGB) zu.
- § 5 (1) Werden im selben Fall bedingte Entlassung und Begnadigung gewährt, ist der Gnadenakt gegenstandslos, wenn die bedingte Entlassung spätestens am Stichtag (§ 7) zu vollziehen ist. Wird die bedingte Entlassung später wirksam, ist der Gnadenakt zu vollziehen und das Vollzugsgericht hievon zu verständigen.
- (2) Wird im selben Fall nachträglicher Strafaufschub gemäß § 133a StVG bewilligt und Begnadigung gewährt, ist der Gnadenakt nur wirksam, wenn die Entlassung gemäß § 133a StVG nicht vor dem Stichtag (§ 7) erfolgen kann. Ist die Ausreise frühestens am Stichtag möglich, ist der Gnadenakt zu vollziehen. Das Vollzugsgericht und die fremdenpolizeiliche Behörde, die den Aufenthaltsverbotsbescheid erlassen hat, sind hievon zu verständigen.
- § 6 (1) Treten nach Vorlage des Gnadenantrags bei einer zur Begnadigung vorgeschlagenen Person der Verdacht strafbarer Handlungen, Ausschließungsgründe (§ 2) oder Ordnungswidrigkeiten auf, ist ein allenfalls gewährter Gnadenakt nicht zu vollziehen. Dem Bundesministerium für Justiz ist unverzüglich über die dem Vollzug entgegenstehenden Umstände zu berichten. Der Gnadenakt wird in diesem Fall erst wirksam, wenn das Bundesministerium für Justiz den Auftrag erteilt, ihn in Vollzug zu setzen.
- (2) Dies gilt auch, wenn Strafgefangene in den Verdacht des Suchtmittelmissbrauchs geraten oder Verhaltensstörungen zeigen, die psychiatrische, psychologische oder pädagogische Maßnahmen nötig machen.

Stichtag

- § 7 Der Berechnung der Fristen dieses Erlasses und der zeitlichen Voraussetzungen für die Aufnahme in die Gnadenanträge ist der 15. Dezember 2011 (24.00 Uhr) als Stichtag zu Grunde zu legen.

Abschnitt B

FORMELLER TEIL

Vorbereitung der Gnadenanträge

§ 8 (1) Beizuschaffen sind in jedem Fall

1. Ausfertigungen (Kopien) der zum Vollzug angeordneten Strafurteile, soweit sie am Stichtag (§ 7) nicht gänzlich vollstreckt sind; bei Verurteilungen, die zumindest auch wegen der Vergehen nach den §§ 81, 88 Abs 1, 3 oder 4, 89 StGB erfolgt sind, statt der Urteilsausfertigung der betreffende Strafakt;
2. Ausfertigungen allfälliger Entscheidungen des Vollzugsgerichts;
3. Strafregistrauskünfte und Auszüge aus der Personenfahndung neuesten Datums, bei nicht in das Strafregister aufgenommenen Verurteilungen Kopien der Aktenteile, aus denen diese Verurteilungen ersichtlich sind;
4. bei Strafvollzug gemäß §§ 68a, 129 und 158 Abs 2 StVG Stellungnahmen des psychiatrischen und psychologischen Dienstes zur Frage des künftigen Verhaltens;
5. bei Vollzug von Strafen wegen mit Drohungen verbundener Delikte (§§ 105, 106, 107, 144, 145 StGB) Berichte der zuständigen Sicherheitsbehörde, ob die Verwirklichung der Drohung zu erwarten ist und von den Bedrohten befürchtet wird, ausgenommen dann, wenn die Taten vor mehr als 3 Jahren verübt wurden und die Verurteilten sich seither zumindest vorübergehend in Freiheit befunden haben;
6. ein Bericht des Sozialen Dienstes darüber, ob Aussicht auf ein redliches Fortkommen in Freiheit besteht.

(2) Bei Strafgefangenen, die nicht die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, ist die für die Anstalt örtlich zuständige Sicherheitsdirektion (in Wien die Bundespolizeidirektion) erforderlichenfalls mit StPO-Formblatt Gnad allgemein 5 um Mitteilung der von ihr gesetzten oder beabsichtigten fremdenpolizeilichen Maßnahmen zu ersuchen. Liegen rechtskräftige Aufenthaltsverbots- und Schubhaftbescheide vor, entfällt die Beischaffung der in Abs 1 Z 4 bis 6 bezeichneten Stellungnahmen und Berichte.

Ausfertigung der Gnadenanträge

§ 9 Die Gnadenanträge sind zweifach auszufertigen. Sie haben zu enthalten

1. in der ersten Spalte:

- a) Fortlaufende Zahl des Antrags, Name, Geburtsdatum, Stand, Beruf, Staatsangehörigkeit, Sorgepflichten sowie Unterkunft und Arbeitsplatz der betroffenen Person im Fall der Begnadigung, ebenso allfällige fremdenpolizeiliche Maßnahmen,
- b) Verurteilungen, die weder aus dem Strafregister ersichtlich noch zum Vollzug angeordnet sind.

2. In der zweiten Spalte:

- a) Daten aller Verurteilungen, die zum Vollzug angeordnet sind, in der mit römischen Zahlen angegebenen Reihenfolge des Vollzugs durch Hinweis auf die betreffende Eintragung in der Strafregisterauskunft. Scheint ein Urteil nicht im Strafregister auf, sind seine Daten so anzuführen, wie sie dort ersichtlich zu machen wären.
- b) Ist ein Urteil vor dem Stichtag (§ 7) nicht gänzlich vollstreckt, sind der dem Schuldspruch zu Grunde liegende Sachverhalt darzustellen und Strafzumessungsgründe sowie Namen und Geburtsdaten allfälliger Mitverurteilter anzuführen. Bei Vergehen nach §§ 81, 88 Abs 1 und 3 oder 4, 89 StGB ist möglichst der Grad der Alkoholisierung zum Tatzeitpunkt anzugeben.

Die Sachverhaltsdarstellung entfällt bei Urteilen, die ausschließlich wegen §§ 125 bis 168 oder 198 StGB erfolgt sind, wenn die Strafe 6 Monate nicht übersteigt.

3. In der dritten Spalte:

Strafausmaß, allfällige Vorhaftzeiten, Tage des (voraussichtlichen) Strafantritts und Strafendes jeweils für jede Verurteilung gesondert unter Anführung der ihr in der 2. Spalte zugewiesenen römischen Zahl, weiters die Summe der um 24.00 Uhr des Stichtags (§ 7) offenen Strafen und Strafreste.

4. In der vierten Spalte:

- a) Führung im Strafvollzug, bei Ordnungsstrafen Strafausmaß und Grund der Bestrafung, allfällige Anträge auf Nichteinrechnung;
- b) Art und Umfang gewährter Vollzugslockerungen; ob der Vollzug nach §§ 68a, 129 oder 158 Abs 2 StVG erfolgt;
- c) Hinweise auf gemäß § 8 Abs 1 Z 2 beigeschaffte vollzugsgerichtliche Beschlüsse;
- d) Stellungnahme, ob Gnade gewährt werden soll; bei Vorlage gemäß § 3 Abs 2 oder 3 die Umstände, die die Ausnahme rechtfertigen.

Form der Vorlage, Beilagen

- § 10 (1) Die Ausfertigungen der Gnadenanträge sind in Sammelmappen (JAForm 56) zusammenzufassen. Die Mappen sind fortlaufend zu nummerieren. Die beiden Ausfertigungen sind mit Großbuchstaben (A und B) unterschiedlich zu bezeichnen.
- (2) Den Gnadenanträgen sind alle Schriftstücke anzuschließen, die gemäß § 8 beizuschaffen sind. Von den Gerichten übersendete Straftaten sind nicht dem Bundesministerium für Justiz vorzulegen, den Gerichten aber erst nach dem Stichtag (§ 7) zurück zu stellen.
- (3) Strafregisterauskünfte sind in Original bzw Kopie in die Ausfertigungen der Gnadenanträge einzuheften; sonstige Beilagen sind gesondert von den Anträgen in einem Umschlag (Aktendeckel) vorzulegen, auf dem der Name der betroffenen Person und ihre fortlaufende Zahl ersichtlich sind.

Vorlagefristen

- § 11 (1) Die Gnadenanträge sind spätestens 6 Wochen vor dem Stichtag (§ 7) unmittelbar an das Bundesministerium für Justiz abzufertigen.
- (2) Nachträge sind unter Fortsetzung der fortlaufenden Zahl spätestens 3 Wochen vor dem Stichtag unmittelbar an das Bundesministerium für Justiz abzufertigen. Nachträge für Personen, für die schon Gnadenanträge vorgelegt wurden, sind mit Hinweis auf diese Anträge ohne eigene fortlaufende Zahl auszuarbeiten.
- (3) Können die Vorlagefristen nicht eingehalten werden, ist dem Bundesministerium für Justiz zu berichten.

Berichterstattung

- § 12 Berichte über Änderungen des Sachverhalts in den Gnadenanträgen und Überstellungen der in sie aufgenommenen Strafgefangenen sind dem Bundesministerium für Justiz fernmündlich oder mittels Telefax zu erstatten (01/52152/2192 DW; FaxNr 01/52152/2740 oder 2888 DW).

Vollzug der Entscheidungen

- § 13 (1) Die Entscheidungen sind den Betroffenen am Stichtag (§ 7) kundzumachen. Gnadenakte sind unter Bedachtnahme auf die §§ 4 bis 6 dieses Erlasses und § 148 StVG zu vollziehen.

- (2) Bei der Entlassung ist allenfalls anwesenden Vertretern der Bewährungshilfe Gelegenheit zu geben, Begnadigten, sofern sie dies wünschen, Unterstützung anzubieten.
- (3) Von Gnadenakten sind die erkennenden Gerichte und das Strafregisteramt der Bundespolizeidirektion Wien zu verständigen. Das Vollzugsgericht ist von Gnadenakten in den Fällen des § 5 und dann in Kenntnis zu setzen, wenn dort bezüglich der begnadigten Person ein Verfahren anhängig ist.
- (4) Über den Vollzug ist dem Bundesministerium für Justiz schriftlich zu berichten. Die Namen der Begnadigten und ihre fortlaufende Zahl sind anzuführen.

Wien, 12. September .2011

Für die Bundesministerin:

Dr. Adalbert Vlcek

Elektronisch gefertigt